



von Holger Schmidt

Sehr vielfältig sind die Beziehungen und Einflussnahmen der folgenden aufgeführten Lobbyorganisationen auf die Politik und insbesondere die Hochschulpolitik. Dass Demokratie und demokratische Legitimation und ein damit verbundenes öffentliches Hochschulwesen damit zunehmend auf der Strecke bleiben und den privaten und kommerziellen Interessen von Konzernen (und mit ihm verbundenen Stiftungen und Organisationen) geöffnet werden, das wollen wir mit diesem kleinen Lobby-ABC verdeutlichen.

Zur Information und Orientierung geben wir hier einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten und den Einfluss der verschiedenen Organisationen in alphabetischer Reihenfolge. Die Aufstellung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, bildet aber die meisten wichtigen Organisationen im Feld des neoliberalen Hochschullobbying ab:

## **BDA**

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Sitz im gleichen Gebäude (Haus der Deutschen Wirtschaft) wie der BDI in Berlin. Als bedeutendster Vertreter der Wirtschaftsinteressen der Unternehmer macht auch dieser seinen Einfluss auf die Hochschulpolitik geltend. Er möchte z.B. die Hochschulen und die Studierenden noch stärker an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anpassen:

*„Für die Unternehmen als Abnehmer der Hochschulabsolventen ist es von elementarer Bedeutung, dass diese 'Fit für den Job' sind und möglichst zügig und direkt in die Betriebsabläufe eingebunden werden und ihr Potential entfalten können.“*

(Zitat: Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt auf der Tagung „Fit für den Job?! - Arbeitsmarkt Kompetenzen der Studierenden stärken“ am 9. Juli 2007

in Berlin.)

Ist mit dieser Aussage nicht genau die Zielgruppe „Bachelor-Absolventen“ gemeint, die heute schon dank umfassender „Studienreformen“ genau auf diese „Verwertungsanforderungen ohne Einarbeitungskosten“ sozialisiert werden? Genau diese meint der BDA-Chef Dieter Hundt wenn er im gleichen Kontext sagt:

*„Weniger bekannt ist, dass die Neukonzeption des Studiums im Bologna-Prozess vor allem auch einschließt, die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden zu stärken.“*

## **BDI**

Der Bundesverband der deutschen Industrie hat seinen Sitz in Berlin. Er ist der Dachverband seiner 38 Mitgliedsverbände und vertritt die Interessen der deutschen Industrieunternehmen und industrienahe Dienstleister in denen ca. 100.000 Unternehmen mit ca. 8 Millionen Beschäftigten organisiert sind. Unter dem Motto „Freiheit wagen - Fesseln sprengen“ vertritt der BDI die Ideologie des „schlanken Staates“, in dem „Markt“ und „Wettbewerb“ die dominierende Rolle spielen sollen. Die Aufgabe der Politik reduziert sich für ihn darauf, die Rahmenbedingungen dafür zu liefern. Dieses Credo überträgt er auch auf seine hochschulpolitischen Vorstellungen. So sollen die Hochschulen wie Unternehmen in einem (Pseudo-)Markt agieren:

*„... Entscheidend für mehr Spitzenleistungen in Bildung und Forschung sind die Eigenverantwortung der einzelnen Akteure in den Institutionen und echter Wettbewerb um Kunden und Ressourcen.“*

(<http://www.bdi-online.de/de/themen/4566.htm>)

## **Bertelsmann Stiftung**

An dieser Stiftung kommt niemand vorbei, der die Prozesse der außerparlamentarischen Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen der letzten Jahre in Deutschland (aber auch zunehmend in Europa) untersuchen will. In allen Feldern ist und war diese Stiftung aktiv und auch „erfolgreich“. Ob Hochschulreformen, Europäische Außenpolitik, Agenda 2010, Hartz-Gesetzgebung oder Renten-, Gesundheits- und Kommunalpolitik, überall war die Bertelsmann Stiftung durch Projekte und Personennetzwerke aktiv und hat ihre Vorstellungen von einer „zukunftsfähigen Gesellschaft“ in der „unter-



nehmerisches Handeln“ zum Leitbild werden soll, einfließen lassen. Mit dieser Problematik befasst sich auch der längere Artikel „Die Bertelsmann Stiftung - 'Für eine zukunftsfähige Gesellschaft?'“ auf Seite 11.

### Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)

Das CHE ist ein in der Hochschulpolitik besonders einfluss- und erfolgreicher Think-Tank der Bertelsmann Stiftung. Gegründet wurde es 1994 und entwickelte sich schnell als Ideen- und Stichwortgeber einer noch stetig anhaltenden neoliberalen „Hochschulreform“. Unter anderem war man in der Etablierung einer Notwendigkeit von Studiengebühren (verschleiern als „Studienbeteiligung“ titulierte) mittlerweile sehr erfolgreich (näheres hierzu findet sich dazu in dem Artikel ab Seite 11).

### DIHK

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag ist die Dachorganisation der 81 Industrie- und Handelskammern in Deutschland und übernimmt gegenüber der Politik die Vertretungsfunktion der gewerblichen Wirtschaft. Seinen Sitz hat er in Berlin.

Unauffällig ist auf den ersten Blick zunächst seine Wirkung und Positionierung zu Hochschulthemen. Doch ebenso wie der BDI und BDA wirbt auch er für die eingeleiteten neoliberalen Hochschulreformen.

Besonderes Gewicht wird seiner Stimme deshalb zugesprochen, da qua gesetzlicher Verpflichtung alle gewerblichen Unternehmen Mitglieder der Kammern sein müssen und er damit ein sehr breites Spektrum der gewerblichen Wirtschaft umfasst.

### European Round Table of Industrialists (ERT):

Der European Round Table of Industrialists ist eine Lobbyorganisation von Europäischen Industriekonzernen, die sich 1983 gebildet hat, um Einfluss auf die Politik der Europäischen Gemeinschaft zu nehmen. Ihm gehören zur Zeit 45 persönliche Mitglieder aus mächtigen Industriekonzernen an. Er selbst bezeichnet sich als ein informelles Forum und vereint Unternehmen mit einem kumulierten Jahresumsatz von 1,6 Billionen! Euro und 4,5 Millionen Beschäftigten.

Beispiele für Mitglieder aus deutschen Unternehmen sind Gerhard Cromme (Thyssen Krupp AG), Manfred Schneider (Bayer AG), Wulf Bernotat (E.ON AG), Henning Kagermann (SAP AG) und Jürgen Hambrecht (BASF AG).

Die Mitglieder treffen sich in einem halbjährlichen Turnus um die Arbeitsschwerpunkte und Programme festzulegen. Diese werden dann in sogenannten „Working Groups“ von beauftragten Spezialisten ausgearbeitet und die daraus entwickelte Forderungen werden an die europäische Politik gerichtet.

Im Bildungsbereich war der ERT unter anderem auch Vordenker für die Einführung von gestuften Studiengängen wie sie jetzt mit dem Bachelor und Master flächenhaft und ohne Alternative eingeführt wurden. Siehe hierzu die ERT-Publikation „Education for Europeans - Towards the Learning Society“ (1995), S. 23-24.

(<http://www.ert.be/doc/0061.pdf>)

### European Service Forum (ESF)

Das European Service Forum ist ein Zusammenschluss von großen Europäischen Dienstleistungskonzernen. Seinen Schwerpunkt legt es zur Zeit auf das Gebiet der Marktöffnungen im Dienstleistungssektor im Zuge der GATS-Verhandlungen. Hier wird insbesondere die Öffnung des Bildungsbereiches, speziell des tertiären Sektors der Weiter- und Hochschulbildung, für die Interessen von privaten Anbietern angestrebt.

Wie weit der Einfluss und die Interessen auf die Europäische Politik reichen, zeigt die Diskussion um die Europäische Dienstleistungsrichtlinie (auch Bolkestein-Richtlinie genannt). Die Forderungen des ESF dazu wurden in der ersten Version der Richtlinie durch die Europäische Kommission quasi maximal erfüllt. Erst durch die Intervention von Gewerkschaften, außerparlamentarischen Gruppen und wenigen kritischen Abgeordneten und Parteien kam es im weiteren Verfahrensprozess zu einer minimalen Abschwächung der Richtlinie.

## EU - Europäische Union

Die Europäische Union stellt in vielen Bereichen die Plattform für die Einflussnahme verschiedener Lobbyorganisation dar. Zugleich ist sie in ihrer Struktur und Organisation historisch so angelegt und gewachsen, dass die Interessen an der Wirtschafts- und Währungsunion über alle anderen Interessen wie z.B. die einer noch zu schaffenden Sozialunion gestellt werden. Damit einher geht auch das strukturelle Defizit der EU. Es gibt z.B. keine europäische Regierung, die abgewählt werden könnte. Die Politik wird gespeist durch ein vielschichtiges System. Allenfalls über den Umweg nationaler Parlamente und das strukturell schwache Europäische Parlament kann sich hier ein Wählerwille artikulieren.

Insbesondere die Europäische Kommission ist die zentrale Anlauf- und Kontaktstelle für das Lobbying einer fortschreitenden Privatisierung öffentlicher

Lebensbereiche. Besonders deutlich wurde die Haltung der Kommission z.B. bei der sogenannten Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie.

Im Bereich der Hochschulen hat sie z.B. den so genannten Bologna-Prozess<sup>1</sup> eingeleitet. Mit diesem wurde die

Umstellung des traditionellen deutschen Studiensystem (ungestufte Vollstudiengänge) mit den bewährten Abschlüssen wie Diplom und Magister auf die gestuften Bachelor- und Masterabschlüsse eingeleitet. In den Erklärungen der europäischen Bildungsminister ist im Übrigen nie die Rede davon gewesen, dass die Studiengänge umgestellt werden „müssen“, sondern dass die neuen Abschlüsse eingeführt werden „können“. In irreführender Berufung auf nicht-existente

<sup>1</sup> Der Name Bologna-Prozess geht zurück auf eine Konferenz der europäischen Bildungsminister, die im Jahre 1999 im italienischen Bologna abgehalten wurde. Die dort unterzeichnete „Bologna-Erklärung“ ist lediglich eine freiwillige Selbstverpflichtung, wurde aber in Deutschland rasch zum Maßstab für das Durchpeitschen der angeblich alternativlosen Umstellung auf BA/MA-Strukturen.

europäische Beschlüsse wurden diese von den verantwortlichen Bildungspolitikern ohne Alternative „durchgepeitscht“.

## Hochschulkonferenz (HRK)

Die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz ist ein Zusammenschluss aus 259 Mitgliedshochschulen. Sie selbst bezeichnet sich als „Stimme der Hochschulen“. Dabei vertritt sie aber überwiegend nur die Interessen der Hochschulleitungen, die sich mit den eingeleiteten „Reformen“ zunehmend als die neuen „Wissenschaftsmanager“ an der Spitze des „Unternehmens Hochschule“ sehen. Besonders problematisch ist die 1994 mit der Bertelsmann Stiftung eingegangene Kooperation zur Gründung des Centrums für Hochschulentwicklung. Als Mitgesellschafter verschaffte der öffentliche-rechtliche Charakter der HRK dem CHE das nötige Renommee und die Unverdächtigkeit. Nicht zuletzt konnte

das CHE über die Hochschulleitungen seinen enormen Einfluss für die Initiierung und Durchführung von Projekten geltend machen. Entsprechend der Programmatik des CHE tritt die HRK z.B. für Studienbeiträge (=Studiengebühren) und die schnelle Umsetzung des Bologna-Prozesses ein.

*Anstatt großer Bomben wirft die Nato ...*



KS 07



*... jetzt nur noch kleine Bomben!*



*Alles zum Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung!*

## OECD - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die OECD umfasst zur Zeit 30 Mitgliedsstaaten, überwiegend sind das die Staaten der Europäischen Union sowie die USA, Kanada, Mexiko, Japan, Australien und Neuseeland, die Türkei, Schweiz und Finnland.

Im Bildungsbereich ist die OECD insbesondere für ihre Berichte und Rankings über den Schul- und Hochschulbereich bekannt. Besonders berühmt wurden die „schlechten“ Testergebnisse über die Leistungsbewertung von Schülern in Deutschland, die von dem so genannten PISA-Konsortium im Auftrag der OECD durchgeführt wurden.

Dass die PISA-Studien (Programme for International Student Assessment) und die daraus abgeleitete

ten Ergebnisse aufgrund vieler methodischer und statistischer Fehler wissenschaftlich nicht haltbar sind, ist der breiten Öffentlichkeit auch heute noch überwiegend unbekannt.

Auch hier greift der Gedanke, über Rankings und Leistungskennziffern, eine scheinbare Transparenz herstellen zu können, tief in die Bildung ein und führt in der Praxis dazu, Lehrer und Schüler auf die zu erwartenden Tests hin zu sozialisieren und zu konditionieren („training on the test“). Dass davon insbesondere eine wachsende und rein kommerzielle Testindustrie profitiert, bleibt dabei zur Zeit auch noch überwiegend im Dunkeln.

### Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Dieser Verband operiert seit mehr als 50 Jahren als eingetragener Verein mit Sitz in Frankfurt a.M. Auch diese Organisation beteuert wie z.B. die Bertelsmann Stiftung in seiner Satzung, dass er nur unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung verfolgt.

Seine Instrumente ähneln denen der Bertelsmann Stiftung und seinem Ableger, dem Centrum für Hochschulentwicklung. Unumwunden offen beschreibt er seine Strategien, die hier in einem längeren Zitat wiedergegeben werden:

*„Bund und Länder setzen die Rahmenbedingungen für das Hochschul- und Forschungssystem. Der Stifterverband bringt die Experten und Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an einen Tisch. Er bündelt unternehmerische Positionen, erarbeitet hochschulpolitische Leitlinien, entwickelt Modellprojekte und sorgt für deren Verwirklichung. (...) Er beeinflusst die Gesetzgebung in Bund und Ländern, um Wettbewerb und Qualität als Leitideen des Hochschulsystems zu verankern. (Nachzulesen in der Verbandsbroschüre „Exzellenz in der Wissenschaft“, März 2006. Herunterladbar unter: [http://www.stifterverband.de/pdf/exzellenzbroschue-re\\_010306.pdf](http://www.stifterverband.de/pdf/exzellenzbroschue-re_010306.pdf))*

Hier handelt es sich also nicht mehr um den Versuch einer Einflussnahme, sondern unumwunden selbstsicher wird hier schon von „beeinflusst die Gesetzgebung in Bund und Ländern“ gesprochen. Der Stifterverband wirbt u.a. offensiv für die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master und für die Umstrukturierung der Hochschullandschaft in einen durch „Wettbewerb“ gesteuerten Markt.

Diese sich 1994 aus den GATT-Verhandlungen gebildete Welthandelsorganisation steht wie keine andere Institution für einen einbahnstraßenähnlichen Prozess stetig fortschreitender Liberalisierungen und damit einhergehender Privatisierung aller Handelsgüter (einschließlich des Handels mit Dienstleistungen). Auf dieser Ebene stehen auch die Verhandlungen um das GATS (General Agreement on Trade in Services), also des Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen. Dieses umfasst auch Dienstleistungen im Bildungsbereich und betrifft damit auch die Hochschulen, die zu den tertiären Bildungsdienstleistungen gezählt werden. An den Verhandlungen sind z.B. die einzelnen europäischen Staaten nur mittelbar über den Umweg der Europäischen Union beteiligt, die hier federführend für die Verhandlungen ist. Das gesamte Verhandlungsprozedere läuft hinter verschlossenen Türen, also unter Bedingungen hoher Intranspa-



renz für Öffentlichkeit ab und ist mit gültigen Auffassungen über demokratische Verfahren nicht vereinbar.

Hinter dem GATS-Prozess stehen als treibende Kraft die mächtigen Interessen von großen Dienstleistungskonzernen, wie sie z.B. der ESF in Europa oder die Coalition of Service Industries (CSI) in den USA vertritt.

Das gesamte Vertragswerk ist auf Irreversibilität also als Einbahnstraße angelegt. Einmal eingegangene Verpflichtungen zur Liberalisierung können nur unter sehr hohen Auflagen und mit der Verpflichtung zur Entschädigung „Benachteiligter“ revidiert werden.

### WTO - World Trade Organisation